

Bundesbeschluss – Arrêté fédéral*Eintreten ist obligatorisch**L'entrée en matière est acquise de plein droit**Gesamtberatung – Traitement global***Titel und Ingress, Art. 1, 2****Titre et préambule, art. 1, 2***Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes

34 Stimmen
(Einstimmigkeit)*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

94.018

**PTT. Geschäftsbericht
und Rechnung 1993****PTT. Gestion et compte 1993**Bericht des Bundesrates vom 20. April 1994
Rapport du Conseil fédéral du 20 avril 1994Beschlussentwürfe siehe Seite 88 des Berichtes
Projets d'arrêtés voir page 88 du rapportBezug bei der Generaldirektion PTT,
Viktoriastrasse 21, 3030 Bern
S'obtiennent auprès de la Direction générale des PTT,
Viktoriastrasse 21, 3030 BerneBeschluss des Nationalrates vom 13. Juni 1994
Décision du Conseil national du 13 juin 1994

Onken Thomas (S, TG), Berichterstatter: Die Prüfung des Geschäftsberichtes der PTT lotet, das muss man freimütig zugeben, nicht besonders stark in die Tiefe. Drei, vier Mitglieder der Vertikalen Sektion 3 der GPK sitzen artig den ebenso korrekten drei Generaldirektoren der PTT gegenüber. Man fragt, man erkundigt sich, man tauscht sich aus, mal ein bisschen hartnäckiger, mal ein bisschen bohrender vielleicht. Aber in den Untergrund der Probleme, dorthin, wo es vielleicht ans Lebendige ginge, stösst man nicht vor. Es ist alles in allem eigentlich eine recht pflegliche Übung.

Dennoch spürt man den Puls dieses grossen Unternehmens, erfasst erneut den tiefgreifenden Wandel, in dem es steht. Der wachsende Wettbewerbsdruck, der aus den Liberalisierungsschritten, die wir eingeleitet haben, erwachsen ist, hat zu unternehmerischem Denken und Handeln geführt, kein Zweifel. Die Behändigkeit des Monopolbetriebs von ehemals ist weg, vielleicht noch nicht aus allen Winkeln und geschützten Nischen, aber doch weitgehend. Dieser innovativere, marktorientiertere, kundennähere Geist wird zweifellos noch stärker um sich greifen. Der Geschäftsbericht offenbart manchen Bereich, in den die PTT neu vorgestossen sind oder wo sie sich angeschickt haben, Marktanteile zurückzuerobern, und wo ihnen auch nachprüfbar erfolgreiche gelungen sind: Bei der Frühzustellung von Zeitungen etwa oder auch bei den unverschlossenen unadressierten Werbesendungen sind Positionen wiedergewonnen worden.

Der Bericht zeigt und belegt, wie die Produktivität des Unternehmens erhöht worden ist und wie die PTT trotz gesteigertem Druck auf das Personal versucht haben, gleichwohl ein verantwortungsvoller, sozial eingestellter Arbeitgeber zu bleiben, die Balance zwischen Fordern und Fördern zu wahren. Ich nenne als Beispiel die Aktion «Solidarität», d. h. das Angebot an rund 3000 ältere, über 60jährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, etwas früher in den Ruhestand zu treten und die Stelle einer jüngeren Kraft zu überlassen. Rund 2500 Personen oder 85 Prozent, über Erwartungen viele also, haben von diesem Ange-

bot Gebrauch gemacht. Nur die Hälfte davon wird ersetzt werden. Der schmerzliche, aber notwendige Abbau des Personals konnte so immerhin ohne individuelle Härten in vorbildlicher Weise abgewickelt werden.

Fortschritte sind im Berichtsjahr auch bei der Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen erzielt worden. Beim Postautodienst – ohnehin einem Moratorium unterworfen – wird das neue Eisenbahngesetz, das wir heute noch beraten wollen, eine Lösung bringen. Beim Zustelldienst der Zeitschriften und Zeitungen wurde unter den Betroffenen ein «Drittelsmodell» vereinbart: je 90 Millionen Franken für den Bund, die PTT und die Verleger. Dieses Modell wird nun hoffentlich auch zum Tragen kommen, obwohl der Verlegerverband bereits wieder eine Absatzbewegung gemacht hat. Zu Unrecht, wie wir meinen, denn seine schriftliche Zusicherung lag vor, und auch die übrigen Forderungen, die er gestellt hat, sind weitestgehend erfüllt worden. Wir haben uns überzeugen können, dass die Vorhaltungen des Zeitungsverlegerverbandes wenig begründet sind. Man kann von den PTT nicht Selbständigkeit und unternehmerisches Verhalten verlangen – es schweben noch viel weiter gehende Forderungen im Raume – und gleichzeitig Leistungen für die Allgemeinheit fordern, die niemand zu zahlen bereit ist. Ich möchte nur wissen, wie sich wohl eine privatisierte Post hier verhalten würde.

Lassen Sie mich noch kurz drei andere Bereiche ansprechen, die wir in unserer Diskussion beleuchtet haben:

1. Das Sorgenkind Videotex, das, weit entfernt vom angestrebten Ziel der vollen Kostendeckung bis Ende dieses Jahres, noch immer kümmerl. Zurzeit beträgt der Kostendeckungsgrad nur 53 Prozent. Doch es geht immerhin etwas aufwärts. Die Abbonnentenzahlen steigen, aber bis zur Soll-Grenze von 200 000, von der man einmal geträumt hat, fehlen immer noch rund 100 000. Da kann man nur hoffen, dass der selbstverständlichere Umgang mit dem PC, seine wachsende Verbreitung auch im häuslichen Bereich und insbesondere die neuen Möglichkeiten der Telekommunikation mit dem Computer die Zahlen bald in die Höhe schnellen lassen werden und dass vielleicht auch eine andere, gemischtwirtschaftliche Form der Trägerschaft die Plattform der Anbieter und der Benutzer zu stärken vermag.

2. Die Lieferfristen bei den neuen Telefonapparaten: Hier ist der Umgang mit den Kundinnen und Kunden nicht besonders befriedigend. Es gibt lange Wartezeiten. Teilweise liegt es an den gar zurückhaltenden Bestellungen der PTT, teilweise aber auch an den Prioritäten des Lieferanten, der offenbar Grossbestellungen aus dem Ausland, beispielsweise aus der BRD, den Vorzug gibt oder geben muss und die PTT und ihre Klientel warten lässt. Hier sind Wege zu finden, um das Angebot zu verbreitern, die Wartezeiten zu verkürzen und den Kundenservice noch weiter zu verbessern.

3. Wie bauen die PTT eigentlich? Gibt es ein Konzept für den Bau der Postämter und Poststellen, gibt es eine besondere Marketingstrategie, eine geschickte, verkaufsfördernde Einbettung der PTT-Dienstleistungen in andere Dienstleistungen und Angebote? Offenbar kümmert diese Fragestellung bisher noch vergleichsweise wenig. Sie muss aber interessieren. Wir haben das gleiche Problem bei den Bahnhöfen. Poststellen und Bahnhöfe als kleine Unternehmen mit einer gewissen unternehmerischen Selbständigkeit in einem geeigneten Kontext, das wäre eine Zielsetzung. Die Symbiose, die Synergien, die etwa Warenhäuser und Detailhandelsgeschäfte längst realisiert haben, gilt es auch für die PTT und die SBB noch vermehrt zu entdecken. Vorbei ist auch hier die Splendid isolation; weitere Initiativen sind angesagt.

Bevor man aber schon wieder ins Horn weiterer Liberalisierungs- und Privatisierungsmassnahmen stösst, gilt es nun erst einmal, die angesagte Strukturreform zu realisieren und die vorhandenen Spielräume auszuschöpfen. Die PTT-Direktion und das Personal sind guten Willens, das muss man hier bekräftigen. Wir bestärken sie darin; wir danken auch für das – mit schwarzen Zahlen und einer stattlichen Abgabe an die Bundeskasse – Geleistete. Die Herausforderung ist erkannt; niemand will sich mehr auf welken Lorbeeren ausruhen. Aber das stete und verunsichernde Bedrängen und widersprüchliche Verlangen nach diesem und jenem tut dem Unternehmen,

seiner Direktion und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch nicht gut. Alles in allem verdienen sie nämlich durchaus Kredit, Vertrauen und Dank.

Piller Otto (S, FR), Berichterstatter: Mein Vorredner hat es schon ausgeführt: Die PTT schreiben wieder schwarze Zahlen. Der Unternehmensgewinn beträgt 190 Millionen Franken, dies mit Zusatzabschreibungen von über 500 Millionen. Die Investitionen betragen im vergangenen Jahr 2,943 Milliarden Franken, das sind allerdings 685 Millionen weniger als im Jahr zuvor. Diese tieferen Investitionen sind darauf zurückzuführen, dass einerseits das Fernmeldematerial heute billiger einzukaufen ist und dass andererseits heute wesentlich günstiger gebaut werden kann.

Der Cash-flow stieg um 711 Millionen auf 3,23 Milliarden Franken, d. h., die PTT konnten die Investitionen vollumfänglich selber finanzieren. Im Telecom-Bereich verzeichnen wir ein Wachstum von 2,8 Prozent, im Postbereich ein Minus von 1,6 Prozent. Herr Onken hat es schon erwähnt: Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen betragen in den Hauptbereichen Zeitungssteuern und Postautodienste rund 450 Millionen Franken. Hier sind ja Lösungen in Sicht.

190 Millionen Franken Reingewinn; 40 Millionen verbleiben bei den PTT, 150 Millionen werden an die Bundeskasse abgeliefert. Hier ist die Diskussion immer wieder, wieviel abgeliefert werden soll. Ich vertrete hier – auch im Namen der Finanzkommission, glaube ich – die Ansicht, dass ein dynamisches Unternehmen mit diesem Personalbestand dem Besitzer ruhig 150 Millionen abliefern kann. Das ist sicher nicht zuviel. Man muss einerseits natürlich die gemeinwirtschaftlichen Leistungen einrechnen, aber andererseits muss man auch die Vorteile eines Staatsbetriebes, die Steuerbefreiung, mit berücksichtigen. 150 Millionen Franken gehen also an den Besitzer, die Eidgenossenschaft, 40 Millionen verbleiben bei den PTT.

Im Namen der einstimmigen Kommission bitte ich Sie, dieser Rechnung zuzustimmen.

Cavelty Luregn Mathias (C, GR): Ich habe die Ausführungen der beiden Kommissionsreferenten mit Interesse gehört und hätte eigentlich von diesen beiden Herren einen etwas kritischeren Ton erwartet. Kritischer mit Bezug auf die Tendenz, die PTT zu privatisieren bzw. in Richtung Privatisierung zu gehen.

Ich habe die verschiedenen Interviews des Präsidenten der Generaldirektion auch gelesen und festgestellt, dass Herr Syz die Vorteile der gegenwärtigen Lösung erwähnt und richtig eingeschätzt hat, nämlich die Steuerfreiheit, die Staatsgarantie, zu einem gewissen Teil die Monopolstellung, die Beamtenversicherung usw. Ich frage mich, ob man dies dann auch genug einsetzt, wenn man zu einer Privatisierung gelangt. Dann müssten diese Vorteile dahinfallen.

Ich selbst vertrete die Auffassung, dass die PTT nicht in erster Linie dazu da sind, um Geld abzuliefern und um zu rentieren, sondern um die gemeinwirtschaftlichen Leistungen – wie Herr Piller erwähnt hat – nach wie vor zu erbringen. Es gibt verschiedene Wege, um diese Aufgabe zu erfüllen. Die PTT können alles auflisten, alles in Rechnung stellen, einen grossen Gewinn herauspressen und diesen Gewinn dem Bund abliefern und dann mit Herrn Bundesrat Stich um die Abgeltung, die sie dafür erhalten sollen, kämpfen. Das ist der Weg, den man jetzt zu gehen trachtet. Ich bin der Meinung, das sei kein geeigneter Weg.

Meines Erachtens sollen die PTT zuerst generös ihre Dienstleistungen erbringen und ihre Aufgaben erfüllen. Das Wort «generös» entnehme ich einer Ausführung von Herrn Generaldirektor Rey vor der Kommission betreffend Einsenbahngesetz, wo er sagte: «Jusqu'ici, une attitude plutôt généreuse» Das soll weiterhin gelten. Erst wenn die PTT ihre Aufgaben generös gelöst haben, nicht unter Auspressung jeden Rappens, sollten sie einen allfälligen Gewinn dem Bund abliefern. Es ist natürlich angenehmer, in der Zeitung mit einem grossen Gewinn erwähnt zu werden. Damit ist aber vor allem den entlegenen Tälern und den schwachen Branchen nicht gedient. Ich denke mit Bezug auf die Entlegenheit vor allem an die Postdienste, an die Postautos. Wenn ich an Branchen denke, vor allem an

die Zeitungsbranche. Diese Leistungen sollten zunächst nicht zu knauserig bemessen werden.

Dagegen wird man einwenden, man habe mit dem Fernmeldegesetz das Prinzip realisiert, dass man alles in Rechnung stelle, und das müsse jetzt durchgezogen werden. Das Fernmeldegesetz ist nicht die Heilige Schrift. Meiner Meinung nach geht das zu weit. Wenn man mit dem Fernmeldegesetz A gesagt hat, heisst das noch lange nicht, dass man bei den PTT auch B sagen muss. Wenn man A gesagt hat und merkt, dass A falsch ist, soll man nicht B sagen, sondern das A korrigieren. Die ganze Idee der Privatisierung stammt aus den USA. Sie kommt noch aus der Zeit unter Präsident Reagan. Dass diese Idee in den USA inzwischen versagt hat und dass man dort daran ist, sie zu korrigieren, sollte uns zu denken geben. Wir sollten nicht etwas nachrennen, das sich als überholt erwiesen hat.

Ich bringe diesen generellen Gedanken zum Ausdruck, um den Tendenzen, die eindeutig zu Lasten der schwachen und entlegenen Regionen gehen, etwas Gegengewicht zu geben.

Morniroli Giorgio (D, TI): Ormai la tematica nei miei interventi annuali sul rendiconto delle PTT è ricorrente: il Natel C.

«Alle Jahre wieder», könnte man sagen. Ich habe wohl eingesehen, dass wir mit dem Natel C leben müssen, so wie dieses gegenwärtig angeboten wird, das heisst mit einer Dienstleistung von eher mittelmässiger Qualität, da ja die PTT ihre Prioritäten anders gesetzt haben, nämlich in Richtung Natel D.

Ich habe hingegen ein anderes, praktisches Anliegen: Es ist heute nicht möglich, zwei Mobilgeräte Natel C auf die gleiche Abonnenummer einzustellen. Tut man es, dann schaltet die Zentrale automatisch die entsprechende Teilnehmernummer aus. Dies, weil man es so beschlossen hat, und nicht etwa aus technischen Gründen, wie Sie mir entgegen könnten. Ich weiss, dass dies nicht zutrifft.

Heute gibt es sehr kleine tragbare Geräte, und es existieren ausgezeichnete fixe «Hand free»-Fahrzeuginstallationen, die dank dem Umstand, dass sie eben «hand free» sind, wesentlich zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen. Besonders Leute, die aus beruflichen Gründen auf das Natel angewiesen sind, sollten gleichzeitig über die «Hand free»-Installation und das mobile Minigerät verfügen können, ohne dass die Zentrale gleich «ausflipp», wenn Sie vergessen, dass eine Geräte auszuschalten, bevor Sie das andere einschalten.

Die neuesten tragbaren Kleinstgeräte, die nicht grösser als ein Personensuchgerät sind, lassen sich aber nicht in die bisherigen «Hand free»-Anlagen integrieren. Dazu kommt das Bundesgerichtsurteil von letzter Woche, welches den Gebrauch von mobilen Handgeräten während des Lenkens eines Motorfahrzeuges verbietet.

Ich bitte Sie, Herr Bundesrat, dieser Sache nachzugehen und dafür zu sorgen, dass dieser Missstand behoben wird. Ich danke Ihnen schon jetzt, auch im Namen Tausender von Natel-Abonnenten, bestens.

Weber Monika (U, ZH): Der Geschäftsbericht der PTT ist prospektiv abgefasst, und ich schätze auch den Schwung, den man aus dem Inhalt fühlt. Er ist unternehmerisch gestaltet, was an sich ebenfalls zu befürworten ist, auch wenn wir uns bewusst sein müssen, dass er uns damit immer mehr entgleitet und wir wahrscheinlich immer weniger wirklich verstehen können, was sich da abspielt.

Ich begrüsse auch die Bemühungen um eine Liberalisierung. Sie ist notwendig, aber man befindet sich jetzt in einer Grauzone zwischen Monopolbetrieb und Liberalisierung, und man wagt nicht total vom Monopolbetrieb wegzugehen; deshalb spielt auch der Markt nicht. Die PTT mit ihren Bemühungen befinden sich im Moment in einer eher «schizophrenen» Situation, auf jeden Fall in einer ungeklärten Situation zwischen Monopol, Gewinnmaximierung, Liberalisierung und gemeinwirtschaftlichen Leistungen – es gibt vielleicht noch andere Ausdrücke. Im Nationalrat wurden vier Instrumente genannt, die jetzt für die PTT entscheidend sind: Leistungsauftrag, Monopol über Infrastruktur und Telefondienst, Trennung der Infrastruktur von Rundfunk und Telecom, Wettbewerb bei den übrigen Diensten und den Teilnehmeranlagen, wobei eine techni-

sche Zulassungspflicht erfüllt werden muss. Das zeigt, wie breit die Palette ist und dass das Wirken dieser Instrumente sich heute weitgehend, marktwirtschaftlich gesagt, auch noch im Graubereich befindet, dass es auf jeden Fall unklar ist. Eines aber ist sicher: Man zwingt damit den Konsumenten zum Zahlen, und der Konsument kann sich nicht wehren. Dazu möchte ich zwei, drei Dinge sagen.

Die PTT sprechen zwar von kundenorientierter und marktnaher Führung, und Herr Onken hat vorher gesagt: Kundennähe sei gefragt. Ich bin aber der Meinung, dass es eben gerade daran mangelt, und ich habe vorher auch darauf hingewiesen, weshalb das so ist und weshalb wir noch keine klare Situation haben. Es gibt Konsumenten, die immer wieder den Kopf über Beschlüsse schütteln müssen, die von «oben» getroffen werden. Herr Morniroli hat das Natel C genannt. Ich möchte auf einen Artikel im «Magazin», welches dem «Tages-Anzeiger» beigelegt ist, hinweisen. Dort hat sich eine Konsumentin darüber beschwert, dass sich die Telefonrechnung nicht direkt vom Bankkonto abbuchen lässt – dieses Verfahren heisst LSV und wird von allen grossen Firmen angewendet, ausser von der Telecom PTT. Abbuchungen werden nur vom Postscheckkonto gemacht. Selbstverständlich sind die PTT bereit, die Rechnungen direkt an die Bank des Kunden zu schicken, aber das zu sage und schreibe 10 Franken pro Rechnung. Das ist der Inhalt dieses Artikels. Nicht kundenorientiert verhalten sich die PTT auch, wenn sie die Telefntaxen für lokale Gespräche immer mehr erhöhen. Nun werden Sie natürlich auf das Zauberwort «Vollkostenrechnung» hinweisen.

Ich greife die Vollkostenrechnung überhaupt nicht an. Man stellt sich aber die Frage, ob ein Immer-noch-Monopolbetrieb auch eine Vollkostenrechnung anwenden darf und soll. Wir sind zwar alle froh um die 190 Millionen Franken Gewinn der PTT, aber fraglich ist und bleibt, ob ein Monopolbetrieb nicht in erster Linie eine Dienstleistung zu erbringen hat und im Dienste des Bürgers, im Dienste des Konsumenten zu stehen hat.

Die sogenannte Pflicht zur Anwendung der Vollkostenrechnung, die erst in den letzten Jahren «in» wurde, hat zusammen mit der Monopolstellung der PTT zum Teil fatale Auswirkungen. Dazu möchte ich Beispiele nennen.

1. Die PTT haben vor drei Jahren die Taxen für die Zustellung der Wochen- und Monatszeitungen erhöht. Nun betrifft diese Massnahme vor allem die Vereins- und Verbandszeitungen – ich möchte nur darüber sprechen, über all die kleinen «Blättchen» also, die all diese kleinen Vereine für sich beanspruchen. Die Erhöhung der Taxen vor drei Jahren hat die Existenz von verschiedenen solchen «Blättchen» ernsthaft in Frage gestellt. Ich habe schon damals dazu das Wort ergriffen. Ich bin der Meinung, dass die Schweiz von all diesen Tausenden von Vereinen im Grunde genommen lebt. Sie haben alle eine staatspolitisch entscheidende Bedeutung und bilden ein Netz, auf das wir unmöglich verzichten können. Die PTT müssen sich also ernsthaft und mit Verantwortung die Frage stellen, wieweit sie mit weiteren Belastungen in diese staatspolitisch wichtige Struktur eingreifen wollen.

2. Was die Posttaxen betrifft, kann man hier auch die Hilfswerke wie z. B. die Berghilfe nennen. Diese rechnet in bezug auf die nächste Taxrunde vom 1. Januar 1995 mit Mehrkosten von 210 000 Franken. Ein weiteres Beispiel betrifft die Abschöpfungen der PTT auf jede Einzahlung mit grünem Einzahlungsschein. Die PTT verdienen bei jeder Zahlung, die ein Konsument tätigt, einen gehörigen Betrag, zu Lasten z. B. von Spendengeldern, die für die Hilfswerke bestimmt sind. Diese Beträge sind sehr belastend. Ein Beispiel: Die Helvetas hat 1991 Aufwendungen an PTT-Taxen in der Grössenordnung von 149 000 Franken gehabt; 1993 waren es 52 Prozent mehr, nämlich 227 000 Franken, und was es ab 1995/96 bedeutet, können Sie sich selber ausrechnen. Die Entwicklung der Taxen sogar in den untersten Taxstufen verläuft dann etwa wie folgt: Am 1. Februar 1991 standen sie noch bei 80 Rappen; am 1. Juli 1992 bei 1.10 Franken; weitere Taxerhöhungen sind nun auf den 1. Januar 1995 und auf 1996 und 1997 angekündigt.

Noch einmal: Mir geht es darum zu mahnen, dass die PTT sich ernsthaft und mit Verantwortung die Frage stellen müssen,

wieweit sie mit weiteren Belastungen und massiven Taxerhöhungen unter Ausnutzung des Monopolprivilegs und damit nicht unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gehen wollen und dürfen. Die Verhinderung von Markt ist sicher nicht konsumentenfreundlich, und es gilt in Zukunft zu wissen, wohin man gehen will. Man kann meines Erachtens nicht dauernd marktwirtschaftliche Argumente für Mehreinnahmen vorbringen, aber durch Monopolprivilegien den Markt verhindern. Dadurch wird man auch dem Dienstleistungsauftrag nicht gerecht. Wenn man sich für eine PTT als Monopolbetrieb entscheidet, soll man von einer Anwendung der Vollkostenrechnung absehen und sich in den Dienst der Konsumenten, der Bürger und Bürgerinnen, stellen. Wenn man aber liberalisiert, steht man im Wettbewerb. Dann wird es Dienstleistungsbetriebe geben, die den Konsumenten berücksichtigen und sich auch finanziell dem Markt anpassen können.

Wenn man die Monopolstellung ausnützt und gleichzeitig eine Gewinnmaximierung macht, dann geschieht das sicher zuungunsten der Konsumenten. Auf diesen Graubereich, diese «schizophrene» Situation, in der wir heute durch den Übergang zu einer liberaleren Lösung stehen, wollte ich hinweisen.

Ogi Adolf, Bundesrat: Ich möchte zunächst den beiden Berichterstattern für die Orientierung über den Geschäftsbericht und die Rechnung der PTT 1993 und allen, die einen Beitrag geleistet haben, um die PTT voranzubringen, danken.

Nach drei Jahren konnten die PTT wieder schwarze Zahlen schreiben. Nicht gelungen wäre dies ohne den vollen Einsatz eines motivierten Personals und ohne drastische Einsparungen, die weh getan haben. Auch nicht gelungen wäre es ohne einen gewissen frischen Wind in der Unternehmung. Ohne all das hätten wir nicht das heutige Resultat. Im übrigen kommen – ich danke Frau Weber Monika – der frische Wind, die Dynamik auch in der Neugestaltung des Geschäftsberichtes zum Ausdruck.

Ich möchte nun auf einige Punkte eintreten, die in der Diskussion angesprochen worden sind:

Zunächst zum Projekt «Optimierung der Führungsstrukturen»: Dieses Projekt hat bereits erste gute Resultate gezeitigt, denn es ist gelungen, Kompetenzen und Verantwortungen zu delegieren, was zu einem verbesserten Kostenbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den PTT geführt hat. Das reicht aber für die Zukunft nicht aus. Die PTT brauchen, wenn sie weiter schwarze Zahlen ausweisen sollen, schlicht und einfach mehr Flexibilität, mehr unternehmerische Freiheit und auch weniger Kontrolle. Dieser unternehmerische Spielraum kann nur mit einer Totalrevision des PTT-Organisationsgesetzes geschaffen werden. Aber gerade privatisieren – Herr Cavetty hat das zwar nicht so klar zum Ausdruck gebracht, man hat es aber aus seinem Votum herausgespürt – wollen wir die PTT nicht. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Artikel 36 BV das nicht zulässt.

Eine gemischtwirtschaftliche AG ist das Äusserste, was möglich wäre. Ich betone: wäre. Wohlverstanden dann auch mit einer Aktienmehrheit des Bundes! Verschiedene Organisationsformen sind möglich und werden derzeit geprüft. Entschieden ist aber noch nichts. Der Verwaltungsrat der PTT wird sich voraussichtlich im August 1994 für eine Variante entscheiden. Dann wird mein Departement am Zuge sein und nachher der Bundesrat.

Im weiteren muss auch – das möchte ich in diesem Zusammenhang nicht zuletzt nach den Ausführungen von Herrn Cavetty sagen – das Postverkehrsgesetz total überarbeitet werden. Ich frage Sie: Wie wollen Sie mit einem Gesetz von 1924 der Entwicklung in Europa – Stichwort: Grünbuch der Post – und in der Schweiz mit dem Auftauchen von privaten Anbietern ohne eine Modernisierung, ohne eine Anpassung dieses Gesetzes gerecht werden? Wir müssen es tun. Die Arbeiten sind im Gange, und ich kann Ihnen ein schlankes Gesetz in Aussicht stellen. Auch hier muss gelten: mehr unternehmerische Freiheit und Abbau des staatlichen Einflusses.

Zusammenfassend könnte man es folgendermassen formulieren: vom Regiebetrieb zur Unternehmung. Wie im Fernmeldebereich ist aber auch im Bereich der Post – das möchte ich

Herr Cavelti sagen – die flächendeckende Grundversorgung von ganz zentraler Bedeutung.

Das Fernmeldegesetz, das Sie auch angesprochen haben, wurde erst am 1. Mai 1992 in Kraft gesetzt. Die Entwicklung in diesem Bereich ist aber so rasant und der ökonomische Druck so enorm, dass wir auch diese Revision angehen müssen. Denn in der EU soll auf 1998 das Monopol für die Sprachdienste fallen. Wir müssen in dieser Entwicklung mithalten. Wir müssen alles tun, damit wir nicht in Verzug geraten. Wir sind am Ball. Eine Grundlagenstudie wurde vor kurzem abgeschlossen, und wir sind nun daran, diese zu analysieren.

Ich möchte nun noch auf einige Punkte eintreten, die in der Diskussion in den Vordergrund gerückt worden sind:

Herr Onken hat vom vorzeitigen, flexiblen Altersrücktritt bei den PTT gesprochen. Diese Aktion war, gesamthaft gesehen, so glaube ich, eine gute Aktion. Die Zahlen sehen wie folgt aus: 64 Prozent der Frauen und 88 Prozent der Männer, insgesamt 85 Prozent des Personals, das von dieser Möglichkeit Gebrauch machen konnte, hat dies getan. Das Ziel von 70 Prozent wurde damit um einiges übertroffen.

In bezug auf die Bauten – auch dies zu einer Frage von Herrn Onken – kann von einer sogenannten Splendid isolation keine Rede sein. Die PTT sind vermehrt im Stockwerkeigentum bei Grossüberbauungen dabei. PTT-Postbüros sind oft ein Nukleus einer neuen Zentrumsüberbauung, was, glaube ich, sehr wichtig ist. Der Standort ist entscheidend. Nebst dem Pfarrer und dem Gemeindepräsidenten kann auch der Posthalter eine Rolle spielen; das ist sehr wichtig. Die PTT sind bestrebt, dieser Politik vermehrt Nachachtung zu verschaffen.

In bezug auf die Telefonapparate, die Sie erwähnt haben, bestehen tatsächlich Lieferungsengpässe, insbesondere beim Cordless-Gerät «Zermatt»; der Lieferant Ascom ist vom Erfolg überrascht worden.

In bezug auf die Vor- und Nachteile der PTT als Regiebetrieb – ein Problem, das Herr Piller angesprochen hat –: Es gibt natürlich sehr viele Vorteile, die die PTT heute haben, was auch ein Grund ist, weshalb sie 150 Millionen Franken abliefern müssen. Zu erwähnen sind das Telefonmonopol, die Staatsgarantie – äusserst wichtig beim Postzahlungsverkehr –, die Steuerbefreiung – die PTT sind von direkten Steuern befreit –, die unentgeltliche Benützung von öffentlichem Boden, dies insbesondere für die Erstellung von Telefonlinien, das Aufstellen von Briefkästen, Wertzeichenautomaten und Sprechkabinen, und schliesslich auch die Militärdienstbefreiung von rund 1400 PTT-Bediensteten.

Es gibt selbstverständlich auch Nachteile. An Nachteilen könnte man das Beamtenrecht erwähnen, das die rechtzeitige Anpassung an Marktveränderungen nur schwer möglich macht, dann die Eidgenössische Versicherungskasse (EVK), worüber Sie gestern Abend gesprochen haben, und schliesslich auch die Gewinnablieferung.

Damit möchte ich auf das Tarifmodell beim Zeitungstransport eingehen, das Herr Onken und Frau Weber Monika angesprochen haben. In bezug auf die förderungswürdigen Zeitungen ist überhaupt noch nichts entschieden. Wir haben das «Drittelsmodell», das angesprochen und in Frage gestellt worden ist. Die Umsetzung dieses Modells verlangt, dass Artikel 10 des Postverkehrsgesetzes revidiert wird. Im neuen Artikel – die Vorlage für eine Revision dieses Artikels ist den Räten übrigens bereits zugewiesen worden – sind für die Bestimmung und Ausarbeitung des Tarifmodells sechs Kriterien aufgeführt. Dabei handelt es sich um folgendes: erstens das Format, zweitens das Gewicht, drittens die Erscheinungshäufigkeit, viertens die Auflage, fünftens den Anteil an redaktionell gestaltetem Text und sechstens die Kundentreue.

Nach Verabschiedung des neuen Artikels 10 – Frau Weber – wird der Bundesrat die Verordnung, basierend auf diesen Kriterien, ausarbeiten. Dass man eine Reduktion der Titel anstreben muss – wir haben 6900 Titel, die wir, wenn Sie so wollen, subventionieren –, ist klar. Diese 6900 Titel müssen wir durchforsten. Wir müssen uns Rechenschaft darüber ablegen, welche förderungswürdig und für die Presselandschaft wichtig sind und welche diesbezüglich keine grosse Bedeutung haben. Eines möchte ich jedoch sagen, weil auch hier durch die elektronischen Medien viel Falsches verbreitet wurde: Wir

möchten die kleinen Zeitungen weiterhin privilegieren und werden diesbezüglich Lösungen finden.

Die Kundennähe – die Frau Weber angesprochen hat – ist auch bei den PTT gefragt. In einem solch grossen Unternehmen ist es natürlich möglich, dass hie und da Fehler passieren.

Ich möchte festhalten, dass Gewinn und Dienstleistungen sich nicht ausschliessen. Im Gegenteil, jede Unternehmung benötigt Gewinn, will sie die Substanz erhalten. Die PTT haben noch zu wenig Substanz. Sie brauchen mehr Substanz. Die PTT haben staatspolitische Aufgaben, aber diese müssen – Frau Weber – auch irgendwie bezahlt werden. Vielleicht können wir uns darüber einmal unterhalten. Ich bin gerne bereit, Ihnen mit weiteren Informationen zu dienen.

Über die Privatisierung habe ich bereits etwas gesagt und auch den diesbezüglichen Fahrplan habe ich erwähnt.

Natel C – Herr Morniroli – kann in der Schweiz zu 90 Prozent empfangen werden. Das ist ein relativ hoher Erschliessungsgrad. Natel D ist auf dem gleichen System aufgebaut – international, grenzüberschreitend – und bringt neue Vorteile, z. B. grössere Sicherheit. Dieses Natel D ist im Aufbau. Es ist das System der Zukunft. Natel C wird indes nicht vernachlässigt. Ich empfehle Ihnen daher, Herr Morniroli, weiterhin Natel C zu brauchen und sich Natel D zu kaufen. Sie werden dann beide brauchen, und damit wäre auch den PTT gedient. Es ist natürlich Aufgabe der Hersteller und nicht der PTT, die Produkte zu gestalten, Herr Morniroli. Der Markt wird entscheiden. Im übrigen sind die PTT selbstverständlich bereit, die technischen Vorschläge, die Sie gemacht haben, näher zu prüfen, also sie entgegenzunehmen.

Als Gesamtfazit möchte ich folgendes sagen: PTT, Post- und Telekommunikationssektor, werden Sie in der nächsten Zukunft intensiv beschäftigen – dies, wie ich hoffe, im Hinblick auf eine zukunftsfruchtige, eine leistungsfähige PTT.

Piller Otto (S, FR), Berichterstatter: Ich möchte im Zusammenhang mit dem Votum von Herrn Cavelti und der Antwort des Bundesrates kurz etwas zum Netzmonopol sagen.

Ich bin der Meinung, dass man jetzt nicht einfach diesen Zug so fahren lassen und meinen soll, wir müssten dieses Netzmonopol aufbrechen, weil die EU das vorschreibt. Denn erstens schreibt die EU das nicht vor, die EU macht gewisse Empfehlungen, und zweitens muss man sich fragen, ob es volkswirtschaftlich sinnvoll ist, für ein Land wie die Schweiz mit ihren 4 Millionen Telecom-Anschlüssen parallele Netze zu führen. Herr Cavelti hat recht, wenn er meint, dass das Netzmonopol gerade unserem Land mit seiner dezentralen Besiedlung, wo bis ins letzte Bergtal hinein kostengünstige Telecom-Anschlüsse möglich sein sollen, echte Vorteile bringe.

Herr Bundesrat, ich möchte Sie einladen, darauf hinzuwirken, dass diese Frage ganz seriös geprüft wird. Es geht doch nicht darum, diesen Pseudogurus der Liberalisierung das Wort zu reden und zu meinen, wir müssten jetzt diesen Weg gehen, weil das von der EU vorgeschrieben sei. Das stimmt nicht! Die EU schreibt das ihren Staaten nicht vor, und wir sind ja auch nicht in der EU – noch nicht. Schade!

Ich bin der Meinung, dass es negative Auswirkungen haben könnte, wenn man so tut, als ob man jetzt dieses Monopol, das wir bei der letzten Revision des Fernmeldegesetzes beibehalten haben, auch noch knacken müsste. Es geht darum, wirklich zu überlegen: Bringt uns das Vorteile, oder bringt es uns Nachteile? Einem kleinen Land wie der Schweiz bringt dies volkswirtschaftlich und staatspolitisch gesehen Nachteile, weil wir gewisse Probleme mit den Regionen erhalten. Es sei denn, wir würden mittels eines sehr komplizierten Systems von diesen Rosinenpickern Abgaben verlangen. Das würde dann schon etwas Bürokratie mit sich bringen.

Meine Frage muss seriös geprüft werden und könnte gerade im Ständerat doch einiges an Diskussionen hervorrufen – Stichwort: gestrige Diskussion. Im Zusammenhang mit regionaler Entwicklung und Förderung der Regionen bin ich der Meinung, dass das Netzmonopol eine grosse Bedeutung hat.

Ogi Adolf, Bundesrat: Herr Piller, betreffend Netzmonopol wird nicht jetzt entschieden. Ohne Gesetzesänderung ist das

Netzmonopol nicht zu beseitigen. Die Räte werden zu entscheiden haben. Im übrigen möchte ich Sie bitten, das Monopol für die Sprachdienste und das Netzmonopol nicht zu verwechseln.

Zum Schluss möchte ich noch festhalten, dass ich nicht gesagt habe: «Die EU schreibt uns vor.» Ich habe nur gesagt, was die EU macht. Ich glaube, gerade Sie müssten wissen, in welche Richtung die Entwicklung bei der EU geht. Es ist notwendig, eine richtige, eine seriöse Lagebeurteilung vorzunehmen.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

A. Bundesbeschluss über die Geschäftsführung des Bundesrates im Bereich der PTT-Betriebe im Jahre 1993

A. Arrêté fédéral approuvant la gestion du Conseil fédéral dans le domaine des PTT pour l'année 1993

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1, 2 Titre et préambule, art. 1, 2

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

31 Stimmen
(Einstimmigkeit)

B. Bundesbeschluss über die Finanzrechnung der PTT-Betriebe für das Jahr 1993

B. Arrêté fédéral concernant le compte financier de l'Entreprise des PTT pour l'année 1993

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1–4 Titre et préambule, art. 1–4

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

32 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

94.022

SBB. Geschäftsbericht und Rechnungen 1993 CFF. Gestion et comptes 1993

Bezug bei der Generaldirektion SBB,
Hochschulstrasse 6, 3030 Bern
S'obtiennent auprès de la Direction générale des CFF,
Hochschulstrasse 6, 3030 Berne

Botschaft und Beschlussentwürfe vom 20. April 1994
(BBI II 1249)
Message et projets d'arrêtés du 20 avril 1994 (FF II 1249)

Beschluss des Nationalrates vom 13. Juni 1994
Décision du Conseil national du 13 juin 1994

Gadient Ulrich (V, GR) unterbreitet im Namen der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) den folgenden schriftlichen Bericht:

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen befasste sich an ihrer Sitzung vom 5. Mai 1994 mit diesem Geschäft. Bei der Überprüfung des derzeit geltenden Leistungsauftrages 1987 stellte sich heraus, dass er den vorgesehenen verkehrspolitischen Rahmenbedingungen nicht genügend Rechnung getragen hat. Die SBB waren seit dem Rechnungs-

jahr 1992 nicht mehr in der Lage, den in diesem Leistungsauftrag vorgesehenen Infrastrukturbeitrag zu erwirtschaften. Die zur Überprüfung der finanziellen Situation der SBB eingesetzte Expertengruppe (Groupe de réflexion) schlug letztes Jahr in ihrem Schlussbericht u. a. vor, im Verkehr marktwirtschaftliche Bedingungen zu schaffen und die Aufgaben der SBB klar abzugrenzen. Der darauf vom Bundesrat ausgearbeitete Entwurf zu einem politischen Leitbild für die SBB soll dem Parlament im kommenden Jahr vorgelegt werden.

Weil der geltende Leistungsauftrag Ende 1994 ausläuft und in Anbetracht der zeitlichen Unsicherheiten in der Nachfolgeregelung des Leistungsauftrages, der in eine breit angelegte Vernehmlassung gegeben wird, beantragt der Bundesrat, die Laufzeit des derzeitigen Leistungsauftrages um maximal drei Jahre, d. h. bis Ende 1997, zu verlängern.

Gadient Ulrich (V, GR) présente au nom de la Commission des transports et des télécommunications (CTT) le rapport écrit suivant:

La Commission des transports et des télécommunications a traité cet objet lors de sa séance du 5 mai 1994.

Le mandat de prestations 1987, actuellement en vigueur, a fait l'objet d'une analyse qui est arrivée à la conclusion qu'il n'avait pas rempli toutes les conditions-cadres de la politique des transports prévues initialement. Ce mandat prévoit notamment que les CFF fournissent une contribution d'infrastructure, ce qu'ils ne sont plus en mesure de faire depuis les comptes 1992. De plus, la situation financière des CFF a été examinée par le groupe de réflexion dont les résultats ont été publiés l'an passé. Une des recommandations principales de ce groupe d'experts est l'instauration des conditions de l'économie de marché dans le secteur des transports, ainsi qu'une délimitation claire des tâches des CFF. Un projet de conception de politique directrice est en cours d'élaboration qui sera soumis au Parlement l'an prochain.

Comme la validité de l'actuel mandat de prestations expire à la fin de l'année 1994 et vu les incertitudes concernant le calendrier qui règnent à propos de l'élaboration du nouveau mandat de prestations qui sera soumis à une large consultation, le Conseil fédéral demande à ce que la validité du mandat de prestations en vigueur actuellement soit prorogée de trois ans au maximum, c'est-à-dire jusqu'à fin 1997.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig, der Verlängerung des SBB-Leistungsauftrags 1987 um höchstens drei Jahre zuzustimmen.

Proposition de la commission

A l'unanimité, la commission propose d'approuver la prorogation du mandat de prestations 1987 des CFF pour une durée maximale de trois ans.

Onken Thomas (S, TG), Berichterstatter: Wir haben mit Respekt anzuerkennen, dass die SBB-Direktion mit grosser Zielstrebigkeit und hohem Engagement Anstrengungen unternimmt, um unsere Bahn wieder auf Zukunftskurs zu bringen, die Produktivität zu steigern und ein finanzierbares, möglichst flächendeckendes Angebot zu erhalten. Dieser Effort verdient Anerkennung, und Anerkennung verdient auch das gesamte Personal, das hier mitzieht, mitträgt und mitleistet.

Das Ergebnis 1993 präsentiert sich besser als im Vorjahr: «nur» 98 Millionen Franken Fehlbetrag gegenüber satten 136 Millionen Franken im Vorjahr. Ist das nun schon die Trendwende, oder ist es erst eine Schwalbe, die noch keinen Sommer macht und noch längst keinen wolkenfreien Himmel über dem gebeutelten öffentlichen Verkehr aufzieht? Die nahe Zukunft wird es weisen.

Das Resultat verdient sicher Applaus, aber die Opfer sind natürlich auch gross, das darf man nicht übersehen: Kilometerabbau auf dem weitverzweigten Netz, Dienstleistungsabbau für die Kundinnen und Kunden, Personalabbau in grossem Stil, unwiederbringlicher Verlust von Arbeitsplätzen in unseren öffentlichen Diensten. Es ist ein sehr schmerzlicher Prozess.

PTT. Geschäftsbericht und Rechnung 1993

PTT. Gestion et compte 1993

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.018
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.06.1994 - 08:00
Date	
Data	
Seite	654-658
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 340

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.